

Solidarity City Heidelberg zu der Verlegung des Ankunftsentrums

Das Heidelberger Bündnis Solidarity City ist erstmals im Januar 2019 hervorgetreten mit einer Mahnwache gegen die Verlegung des Ankunftsentrums in die „Wolfsgärten“, weil ein Ankommen vielfach traumatisierter, vor Krieg und gewaltsamer Unterdrückung geflohener Menschen in einem ghetthoartigen Areal zwischen zwei Autobahntrassen und einer Bahntrasse unmenschlich ist.

Dieses Thema ist nach einem Jahr immer noch auf der Tagesordnung: Die Stadt meint, das Ankunftszentrum könne nicht im PHV bleiben, weil sich dieser Stadtteil dann nicht entwickeln könne!

Als Begründung werden zwei Argumente vorgebracht: 8 ha brauche das Ankunftszentrum, die für die übrige Wohnbebauung fehlen würden. Anstatt für 10.000 könnten dann nur für 8.000 Menschen Wohnungen gebaut werden. Das sei aber unterhalb der für die Entwicklung von Infrastruktur kritischen Größe von 10.000 Einwohnern.

Dieses letztere Argument wird nun überall verbreitet und fast jede*r glaubt's?

Schon ein oberflächlicher Blick in die Literatur kann einen davon überzeugen, dass die Frage der Standortfaktoren für den Einzelhandel sehr komplex ist und dass quantitative wie qualitative Faktoren eine Rolle spielen. Für die Bahnstadt z.B. wird als anzustrebende Größe eine Einwohnerzahl von 6.800 angegeben (laut Gerald Dietz, Leiter der städtischen Geschäftsstelle Bahnstadt; s. RNZ 20.2.2020, S. 3: Das wird ein „Städtchen in der Stadt“).

Vor allem aber gibt es zahlreiche andere Beispiele: Viele Orte in der Bundesrepublik, die viel kleiner sind als ein Heidelberger Stadtteil, haben Bäcker, Metzger und Supermärkte. Nehmen wir Meckesheim (etwas über 5.000 Einwohner)!

Ein weiteres Argument ist die Frage der Sicherheit der Geflüchteten. Es wird behauptet, zu ihrem Schutz müsse das Gelände des Ankunftsentrums von hohen Zäunen (mit Stacheldraht??) umgeben sein. Schauen wir doch, wie wir die Synagogen in Heidelberg und Mannheim schützen: durch Wohnbebauung. Solidarität und Integration ist der beste Schutz für die Geflüchteten. Auch wenn sie nur kurz hier sind und Heidelberg nicht der Ort der dauerhaften Integration sein wird.

Willkommenskultur und Ghettoisierung sind unvereinbar.

Willkommenskultur würde bedeuten, dass die im Ankunftszentrum (oft auch mehrere Monate) verweilenden Menschen, Familien mit Kindern, an der Infrastruktur des Stadtteils teilhaben; dass die Kinder auf denselben Kinderspielplätzen spielen wie die dort dauerhaft wohnenden Kinder und die Jugendlichen gemeinsam bolzen.

25.2.2020